

Hintergrund: Modellprojekt biko

Studien zeigen, dass Frauen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn das Geld knapp ist. Bei der Entscheidung für eine Verhütungsmethode sollten jedoch nicht die Kosten, sondern Verträglichkeit und Sicherheit die entscheidenden Kriterien sein. Der pro familia Bundesverband erprobt deshalb seit Anfang des Jahres in einem wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt, wie eine Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln für Frauen ab 20 Jahren, die über wenig Geld verfügen, realisiert werden kann. Das Modellprojekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung – wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und soll Frauen ermöglichen, ihr Verhütungsmittel selbstbestimmt zu wählen sowie ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

Laufzeit und Standorte

Die Kostenübernahme läuft von Januar 2017 (Lübeck: Oktober 2016) bis Juni 2019 (Lübeck: März 2019) an diesen sieben Standorten:

- ⊙ Erfurt und Artern
- ⊙ Halle an der Saale
- ⊙ Lübeck
- ⊙ Ludwigsfelde für den Landkreis Teltow-Fläming
- ⊙ Recklinghausen, Marl und Gladbeck
- ⊙ Saarbrücken
- ⊙ Wilhelmshaven und Landkreis Friesland

Voraussetzungen

Frauen, die älter als 20 Jahre sind und an einem dieser Projektstandorte wohnen, können biko beantragen. Voraussetzung ist, dass sie nachweisen können, dass sie ein geringes Einkommen oder Anspruch auf Sozialleistungen haben, zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder BAföG. Sind sie anspruchsberechtigt, bekommen sie in der Apotheke nach der Vorlage von Rezept und biko-Zusage ihr Verhütungsmittel kostenfrei. Die Apotheke rechnet direkt mit pro familia ab.

Die Informationen für Frauen liegen auch in verschiedenen Fremdsprachen und in „Leichter Sprache“ vor. Zudem bieten die pro familia Beratungsstellen vor Ort Videodolmetschen an. Das ist ein unkomplizierter Weg, schnell auf professionelle Übersetzungsdienste zuzugreifen und sich mit Frauen zu verständigen, die nur wenig oder gar kein Deutsch sprechen.

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Neben dem Angebot der Kostenübernahme können sich Frauen zu den Themen Verhütung und Familienplanung umfassend informieren und vertraulich beraten lassen. Denn den Zugang zu Verhütung zu gewährleisten, bedeutet leicht verständliche und diskriminierungssensible Informationen für Frauen und Männer bereitzustellen.

Zusammenarbeit mit Arztpraxen und Apotheken

Zwei wichtige Kooperationspartner tragen wesentlich zum Erfolg von biko bei: Ärztinnen und Ärzte können ihre Patientinnen über das Angebot der Kostenübernahme informieren. Sie beteiligen sich außerdem am Modellprojekt, indem sie sich bereit erklären, die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel und dazugehörige ärztliche Leistungen direkt mit pro familia abzurechnen. Die Apotheken unterstützen biko, indem sie die verschriebenen Verhütungsmittel nach Vorlage von biko-Zusage und Rezept herausgeben und ebenfalls mit pro familia abrechnen. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden, Ämtern, Beratungsstellen und sozialen Einrichtungen sind wichtige Kooperationspartner und informieren Frauen mit wenig Geld über biko.

Der Aufbau und die Pflege von Kooperationen gehören zu den Schwerpunkten des Projekts. Die Beraterinnen an den sieben Projektstandorten stehen deshalb kontinuierlich mit den Kooperationspartnern in Kontakt.

Ziele von biko

Menschen mit einem geringen Einkommen können sich Verhütung oft nicht leisten. Seit 2004 müssen verordnete Verhütungsmittel über den Regelsatz von knapp 18 Euro monatlich mitfinanziert werden. Wenige Kommunen haben deshalb Kompensationslösungen mit speziellen Fonds eingerichtet, die den Bedarf vor Ort oft nicht decken. In vielen Bundesländern gibt es keine Angebote. Eine bundesweite einheitliche Lösung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln besteht nicht.

Mit dem Modellprojekt erprobt der pro familia Bundesverband eine gute Praxis der Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln und lotet Möglichkeiten für eine bundesweite Lösung aus. Mit biko wird auch der Bedarf für eine finanzielle Unterstützung erfasst.

Evaluation ermittelt Bedarf

Im Rahmen einer begleitenden Evaluation befragt das Forschungsinstitut Camino Werkstatt im Auftrag von pro familia Frauen und Kooperationspartner. Somit werden auch Barrieren für den Zugang ermittelt. Die Auswertung der Erhebung soll auch dazu beitragen, Erkenntnisse über einen weiteren Regelungsbedarf zu gewinnen.

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Selbstbestimmt verhüten

pro familia setzt sich seit seiner Gründung für den Zugang zu Verhütung ein. Dabei steht für pro familia der Zugang zu sicheren und verträglichen Verhütungsmitteln im Rang eines individuellen Menschenrechtes. Das Menschenrecht auf Familienplanung wurde erstmals 1968 von den Vereinten Nationen in Teheran verkündet und 1995 in der Charta der sexuellen und reproduktiven Rechte von der International Planned Parenthood Federation (IPPF) ausformuliert. Frauen und Männer haben demnach das grundlegende Recht, über die Anzahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt frei zu entscheiden. Darin heißt es außerdem: „Menschen haben das Recht, eine sichere und individuell akzeptable Methode zum Schutz vor ungeplanter Schwangerschaft frei zu wählen und anzuwenden.“

Die Forderung nach Zugang zu Verhütung findet sich auch wieder in den „Sustainable Development Goals“ der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat.

Weitere Informationen zu biko finden Sie auf www.biko-verhuetung.de.

pro familia ist der führende Verband zu Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung in Deutschland und betreibt flächendeckend das größte Beratungsnetz in der Bundesrepublik. www.profamilia.de

Rückfragen bitte an:

Dr. Alexandra Ommert / Kristina Nottbohm

pro familia Bundesverband

Tel 069 -26 95 779 0

biko@profamilia.de

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.